

Dezember
2008

nachrichten

Vereinigung
ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages
und des Europäischen Parlaments e.V.

Editorial

Prof. Dr. Nils Diederich

Informationen

Termine

Personalien

Titelthemen

Jahresrückblick 2008

Mitgliederreise nach
Stuttgart und Maulbronn

Mitgliederveranstaltung
am 20.11.2008 in Bonn

Berichte / Erlebtes

Die Vereinigungen der
Ehemaligen aus den
Landtagen

Europäisches Kolloquium

The Indispensable
Partners

Aktuelles

Aktivitäten unserer
Mitglieder nach dem
Mandatsende

Der Geschäftsführer
informiert

Jubilare

Aktivität und Entwicklung

Die Ehemaligen in Stuttgart



*Empfang beim Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Günther H. Oettinger
© Staatsministerium Baden-Württemberg*

Förderalismus – Ehemalige in Bund und Ländern



*(v. l. n. r.) Marita Wagner, Ute Georgi - Sachsen, Manfred Richter, Inge Velte - Hessen, Prof. Dr. Theo Blank, Bundestags-
vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt, Roland Artur Kohn, Präsident Carl-Dieter Spranger, Prof. Dr. Nils Diederich, Ulrich Biel -
Niedersachsen, Ulrich Seidel - Sachsen-Anhalt, Siegrun Klemmer, Wolfgang Kléck - Hamburg, Dr. Hartmut Sieckmann -
Thüringen, Theo Magin - Rheinland-Pfalz, Günther Schwarz - Saarland, Dr. Dieter Biewald - Berlin
© Brigitte Prevot*

Unsere Sommerreise führte uns dieses Jahr im September nach Baden-Württemberg: Stuttgart und Maulbronn. Im Mittelpunkt Daimler AG, ein besonders aktuelles Thema. In letzter Minute berichten wir auch über den Herbstbesuch in Bonn, wo wir beim BMZ zu Gast waren und uns über die Entwicklung des World Conference



© Marita Wagner

Center Bonn unterrichten ließen. Wir haben einen Bezug dazu, denn was da in der Entwicklung ist, findet ja auf dem vertrauten Bundestagscampus der „Bonner Republik“ statt. Wir erinnern an die Debatten um die Villa Dahm, die nun der Spitzhacke zum Opfer gefallen ist. Sie existiert nur noch in der Erinnerung jener, die dort Sitzungen abhielten, Gäste empfangen, Karten spielten.

Neu angepackt haben wir unter tatkräftiger Mithilfe von Vorstandsmitglied Siegrun Klemmer die Vertiefung der Kontakte zu den Ehemaligenvereinigungen der Länder. Sie berichten vom ersten Koordinationstreffen. Roland Artur Kohn berichtet von einem Treffen in Mainz.

Wie immer findet das Internationale seinen festen Platz mit Berichten über das Europäische Kolloquium in Athen (Dr. Elisabeth Altmann, Prof. Uwe Holtz, Dieter Schloten, Dr. h. c. Torsten Wolfgramm) und die Deutsch-Amerikanische Studiengruppe (Volkmar Schultz, Klaus-Jürgen Hedrich).

Leider sind wir immer wieder gezwungen, wichtige Beiträge drastisch zu kürzen. Dies betrifft in dieser Ausgabe u. a. den Bereich „Internationales“. Auch mussten wir die Rubrik „Erlesenes“ herausnehmen und in diesem Zusammenhang auf die nächste Ausgabe unserer „nachrichten“ verträsten. Im Übrigen werden wir alle Beiträge in Langfassung auf der Website einstellen. Wir hoffen auf Verständnis.

Mit den besten Wünschen für das weihnachtliche Jahresende und zur Jahreswende

Ihr

Prof. Dr. Nils Diederich
Geschäftsführer

Termine

17.12.2008, 19:30 Uhr

Kolloquium der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e. V. „Leben nach dem Mandat“ im Deutschen Bundestag (s. S. 15)

02.04.2009

Mitgliederveranstaltung im Bundesministerium der Verteidigung in Bonn mit Jahreshauptversammlung

18.06.2009

Sommerfest der DPG

28. Kalenderwoche 2009

Sommerreise nach Mecklenburg-Vorpommern

Oktober 2009

Chinareise

November 2009

Mitgliederveranstaltung in Berlin: „Nach den Wahlen“

Personalien

- **Prof. Dr. Uwe Holtz** erhielt kürzlich den von der Fachschaft Politikwissenschaft an der Universität Bonn – nach Ergebnissen der Lehrveranstaltungs-Evaluationen – verliehenen Dozentenpreis für beste Lehre.
- Viele unserer Kollegen können sich nach dem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag weder vom aktiven Arbeitsleben noch von Berlin trennen. Der langjährige Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion **Wilhelm Schmidt** (63) ist ab Anfang 2008 Leiter der Konzernabteilung Public Affairs und Bevollmächtigter des Vorstandes bei Evonik.
- **Dr. Dieter Spöri** (65), langjähriger Leiter der Konzernrepräsentanz für Bundesangelegenheiten bei Daimler, ist inzwischen Generalbevollmächtigter und Gesellschafter der Beratungsfirma PMC International AG in Berlin.
- **Ulrike Mascher** ist Bundesvorsitzende des Sozialverbands VDK Deutschland seit Oktober 2008. Sie war seit 2006 Vorsitzende dieses Verbandes in Bayern und Vizepräsidentin im Bund.
- **Dr. Dieter Rogalla** ist auch mit 80 gut zu Rad. In diesem Jahr hat er als Initiator der Radtour „eurogalla“ 926 in einer Tour auf Europas Straßen gemeinsam mit Jugendlichen zurückgelegt.
- **Jelena V. Hoffmann** ist Honorarkonsulin für die Ukraine in Leipzig.

Jahresrückblick 2008

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

in wenigen Wochen geht ein für unsere Vereinigung erfolgreiches und abwechslungsreiches Jahr zu Ende. Der im April 2008 neu gewählte Vorstand hat in seiner Klausurtagung vom 19. Juni 2008 die Weichen für die kommenden zwei Jahre gestellt. Eine wichtige Aufgabe wird sein, die Zahl unserer Mitglieder in der Vereinigung weiter zu steigern. Nicht nur der Vorstand, sondern wir alle sollten deshalb bei ausgeschiedenen oder ausscheidenden Abgeordneten um die Mitgliedschaft in unserer Vereinigung werben. Darum möchte ich Sie alle namens des Vorstandes herzlich bitten.

Der Vorstand will außerdem die Zusammenarbeit unserer Vereinigung mit den Ehemaligenvereinigungen der Landtage verstärken. Unser Vorstandsmitglied **Siegrun Klemmer** hat mit großer Energie die Koordination dabei übernommen und erstmals zu einem Meinungsaustausch am 20.6.2008 eingeladen. Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages **Gerda Hasselfeldt** begrüßte die Vertreter der Ehemaligenvereinigungen von Bund und Ländern und würdigte eindrucksvoll die Bedeutung dieser Organisation für unsere Demokratie. Bei aller Unterschiedlichkeit in Struktur, Arbeitsweise und Mitgliederstärke waren alle Teilnehmer entschlossen, ihre Zusammenarbeit zu verbessern.

Ein wichtiger Arbeitsbereich bleibt auch zukünftig die internationale, insbesondere die europäische Zusammenarbeit der Ehemaligenvereinigungen. Hier leisten unsere Kollegen **Prof. Dr. Uwe Holtz**, **Dieter Schloten** und **Dr. h. c. Leni Fischer** vorzügliche und allseits hoch anerkannte praktische und programmatische Arbeit, zuletzt bei der Vorbereitung und Durchführung des Europäischen Kolloquiums in Athen vom 17.-19.10.2008.

Die Einladung des Präsidenten des Deutschen Bundestages zum Festakt „60 Jahre Parlamentarischer Rat“ am 6.9.08 im Museum König in Bonn hat eine Reihe von Mitgliedern unserer Vereinigung wahrgenommen (siehe Foto Seite 15). Vom 17.-19.9.2008 fand mit über 100 Teilnehmern unsere Mitgliederreise nach Stuttgart statt. Die maßgeblich

von unserem Vizepräsidenten **Harald B. Schäfer** initiierte und vorbereitete Reise wurde zu einem außerordentlichen Ereignis, nicht zuletzt durch die lebenswürdige Gastfreundschaft unserer hochrangigen Gastgeber.

Die Empfänge von **Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster** im Rathaus von Stuttgart, von **Ministerpräsident Günther H. Oettinger** im Neuen Schloss mit festlichen Abendessen, der Besuch im Mercedes-Benz Museum mit dem Vortrag des **Daimler-Vorstandes Dr. Thomas Weber** mit anschließender Diskussion und Mittagessen waren beeindruckende Erlebnisse. Die Treffen mit der jeweiligen Fraktion des Landtages und der Empfang durch die **Stellvertretende Landtagspräsidentin Christa Vosschulte** und das Abendessen gaben viele Möglichkeiten zur Diskussion und zum persönlichen Gespräch. Der Ausflug nach Maulbronn mit dem Empfang durch **Bürgermeister Felchle** und der sachkundigen Führung durch das Klosterareal waren weitere Höhepunkte einer sehr gelungenen und harmonischen Mitgliederreise, die für einige in Stuttgart dann mit dem Besuch des Theodor-Heuß-Hauses einen schönen Abschluss fand.



© Staatsministerium Baden-Württemberg

Diesen kurzen Bericht möchte ich mit einem herzlichen Dank an unseren Geschäftsführer **Prof. Dr. Nils Diederich** und die Mitarbeiterinnen **Frau Dorothea Dynow** und **Frau Brigitte Prévot** beenden, die bis vor kurzem monatelang durch die Renovierungsarbeiten im Reichstagspräsidentenpalais erheblichen Belastungen ausgesetzt waren und erst seit kurzem in den erneuerten Räumen wieder ihren Aufgaben nachgehen können. Zum Schluss wünsche ich allen Mitgliedern unserer Vereinigung eine gute Adventszeit, ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute, viel Glück und Gesundheit im Jahre 2009.

Ihr

Carl-Dieter Spranger

Mitgliederreise nach Stuttgart und Maulbronn

Die diesjährige Mitgliederreise führte 68 „Ehemalige“ und ihre Begleitung nach Stuttgart. Dank der intensiven Vorbereitung unseres Vizepräsidenten **Harald B. Schäfer** konnte ein abgerundetes Programm mit wichtigen politischen Gesprächen angeboten werden. Leider musste sich **Schäfer** einer Hüftoperation unterziehen, so dass er an der Veranstaltung selber nicht teilnehmen konnte. Begonnen wurde mit einem Empfang beim Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart, **Dr. Wolfgang Schuster**, der die Teilnehmer in die Probleme und die Zukunftsperspektiven der Stadt Stuttgart als Metropole moderner Industrie und Dienstleistung einstimmte.

Am Abend empfing der Ministerpräsident von Baden-Württemberg **Günther H. Oettinger** die Teilnehmer

im Neuen Schloss. In einer launigen Rede hob der Ministerpräsident die Bedeutung der „Ehemaligen“ für die Aktiven hervor. Es sei wichtig, deren Erfahrungen einzubeziehen. Er ermunterte die „Ehemaligen“ sich einzumischen und gesellschaftlich aktiv zu bleiben, um ihre Erfahrungen auch für die nachfolgende Generation fruchtbar zu machen. Während des offiziellen Banketts ließ es sich der Ministerpräsident nicht nehmen, von Tisch zu Tisch zu gehen und mit den „Ehemaligen“ zu diskutieren, von denen ihm viele noch aus ihrer aktiven Zeit durchaus vertraut waren.

Der nächste Tag war ganz dem Unternehmen Mercedes-Benz gewidmet. Vorstand **Dr. Thomas Weber** führte die Teilnehmer unter dem Thema „Mobilität der Zukunft – Mobilität und Zukunft“



Die „Ehemaligen“ im Landtag von Baden-Württemberg
© Marita Wagner

in die Projekte und Planungen von Mercedes-Benz ein. Im Zentrum seiner Ausführung stand die Überlegung, dass mit dem Wandel der Energiequellen auch die Industrie umweltfreundliche und energiesparende Fahrzeuge entwickeln würde. Allerdings wies er darauf hin, dass dies in verschiedenen Stufen erfolgen müsse. Letztlich käme es darauf an, die konventionelle Energiequelle – Erdöl – durch Alternativen zu ersetzen, die zugleich umweltschonender (Reduzierung des CO₂-Ausstoßes, Lärminderung) seien. Insbesondere hob er auf die Vorzüge elektrisch getriebener Fahrzeuge ab, zeigte jedoch auch den schwierigen Weg dorthin auf. In der Diskussion wurden verschiedene technische aber vor allen Dingen auch soziale Probleme erörtert, insbesondere **Dr. Dorothee Wilms** und **Prof. Dr. Dr. h. c. Ursula Lehr** wiesen auf die Verpflichtung hin, nicht nur den technischen Fortschritt zu forcieren, sondern auch die Rolle der Menschen und seiner Bedürfnisse, sowohl der Alten als auch der Jungen im Verkehr stärker zu berücksichtigen. Weber räumte indirekt ein, dass auch Mercedes viel zu spät die Planungen auf den Schwerpunkt energiesparende und umweltfreundliche Autos gelegt habe.



Roland Artur Kohn, Dr. Dorothee Wilms, Carl-Dieter Spranger, Prof. Dr. Dr. h. c. Ursula Lehr, OB Dr. Wolfgang Schuster, Dr. Philipp Jenninger, Peter Conradi, Erika Reinhardt, Roland Sauer (v. l. n. r.)

© Landeshauptstadt Stuttgart/Fotograf: Horst Rudel



Dieter Schloten

Prof. Dr. Dr. h. c.
Ursula Lehr

Ellen Lauterbach



Roland Artur Kohn



Dr. Liesel Hartenstein



Prof. Dr. Theo Blank

Die Diskussion konnte beim gemeinsamen Mittagessen im Sitzungssaal des Aufsichtsrats fortgesetzt werden. Dieser Saal liegt in der obersten Etage des Mercedes-Benz Museums und zeigt bedeutungsvoll eine von Verkehrswegen überzogene Landschaft.

Ein Rundgang durch das Mercedes-Benz Museum zeigte ein genial angelegtes Gebäude, in dem

führte der Direktor beim Landtag, **Ulrich Lochmann**, im Plenarsaal die „Ehemaligen“ in Geschichte und Probleme des Landtagsgebäudes ein und ging auf die speziellen Aspekte der Landtagsarbeit ein.

In einem anschließenden Stehempfang begrüßte die Vizepräsidentin des Landtages, **Christa Vosschulte**, die erschienen ehemaligen MdB

Beim entspannten Abendessen auf Einladung des Landtagspräsidenten in der Gaststätte „Plenum“ konnte der Austausch vertieft werden.

Am nächsten Tag fuhren die Teilnehmer in die Stadt Maulbronn. Bürgermeister **Andreas Felchle** führte die Gruppe in die Geschichte des Klosters Maulbronn und der um sie herum entstandenen Stadt ein und ließ es sich nicht nehmen, die „Ehemaligen“ höchstpersönlich durch die beeindruckenden Klosteranlagen, die zurecht zum Weltkulturerbe gehören, zu führen.

Alle Teilnehmer bewunderten sein Engagement und seine Sachkunde. Ferner haben Kolleginnen und Kollegen von dem Angebot Gebrauch gemacht, zu Beginn oder am Ende der Veranstaltung das Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart zu besuchen (siehe Kasten Seite 6).

Prof. Dr. Nils Diederich



Vorstand Dr. Thomas Weber, Dr. Lothar Ulsamer, Präsident Carl-Dieter Spranger
© Nils Diederich

auf zwei ineinander verflochtenen Spiralen sowohl die Geschichte des Automobils, eingebettet in die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen, als zugleich auch ein Museum der Produktion von Mercedes-Benz von Anfang an gezeigt werden. Unter sachkundiger Führung konnten sich die Teilnehmer so ein faszinierendes Bild von der Entwicklung des Automobils machen.

Am späteren Nachmittag trafen sich die ehemaligen Abgeordneten mit Vertretern der Landtagsfraktionen der jeweiligen Partei und diskutierten die Probleme der Landespolitik. Im Anschluss

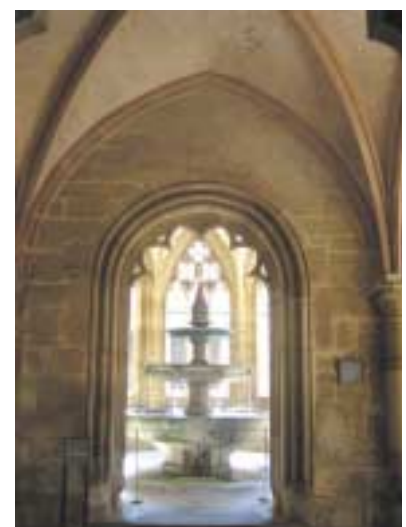


Stellv. Landtagspräsidentin Christa Vosschulte, Annemarie Griesinger, Dr. Wendelin Enders
© Landtag Stuttgart/Andreas Kaiser

und MdEP sowie geladene „Ehemalige“ aus dem Baden-Württembergischen Landtag. Frau Vosschulte war eigens von einer Klausurtagung am Bodensee nach Stuttgart geeilt, um zu den „Ehemaligen“ zu sprechen.



Bürgermeister von Maulbronn: Andreas Felchle
© Marita Wagner



Brunnenhaus im Kloster Maulbronn
© Elisabeth Altmann

Der Ministerpräsident Günther H. Oettinger empfängt die „Ehemaligen“

Fotos: © Marita Wagner

Theodor-Heuss-Haus

Der erste Bundespräsident, Theodor Heuss, hatte mit seiner Frau Elly Heuss-Knapp bereits 1950 beschlossen, sich nach der Zeit als Bundespräsident in Stuttgart niederzulassen. Sie kauften ein Grundstück auf dem Killesberg. Heuss schloss mehrere Bausparverträge ab, um sich das „Häusle“ leisten zu können. Nach seiner zweiten Amtszeit als Bundespräsident zog er sich im Herbst 1959 in die baden-württembergische Landeshauptstadt zurück; Elly Heuss-Knapp, Gründerin des Müttergenesungswerks, war bereits 1952 verstorben. Heuss wohnte in seinem zeittypischen, unauffälligen Einfamilienhaus von 1959 bis 1963, empfing dort seine Besucher und verfasste Teile seiner Memoiren.

Er hatte es ganz bewusst als bescheidenes Heim errichten lassen, um zu dokumentieren, dass Demokratie Macht auf Zeit bedeute. Als Alt-Bundespräsident wollte Heuss wie ein ganz normaler Bürger leben. Hier verstarb er auch am 12. Dezember 1963.

Die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus erwarb das Gebäude 1995 und erweiterte es um einen Anbau, in dem eine umfassende Ausstellung über Leben und Werk des großen Liberalen informiert. Bundespräsident Johannes Rau eröffnete es im März 2002.

Roland Artur Kohn



Martha und Wilfried Bohlsen



Martin Grüner



Dagmar und Dr. Manfred Gessner, Dr. Wendelin Enders



Prof. Dr. Uwe Holtz, Otto Reschke, Helen Reckhenrich-Reschke



Friedhelm Ost



Dr. Matthias und Dr. Paula Riede, Prof. Dr. Christa Luft



Prof. Dr. Erika Schuchardt



Roswitha und Kurt Palis, Marie-Luise und Dieter Schloten

Mitgliederveranstaltung am 20.11.2008 in Bonn

Am 20. November besuchten Mitglieder der Vereinigung das in Bonn ansässige Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und das World Conference Center Bonn. Zu der Veranstaltung hatten sich 104 Personen angemeldet.

Im BMZ empfing uns die Parlamentarische Staatssekretärin **Karin Kortmann**, MdB. Präsident **Carl-Dieter Spranger** verlas ein Schreiben der Ministerin **Heidemarie Wiecek-Zeul**, die bedauerte, die „Ehemaligen“ nicht persönlich begrüßen zu können. **Spranger**, als Vorgänger im Amt, äußerte Verständnis und hob hervor, dass auch die Parl. Staatssekretärin just von einer Reise nach Guatemala zurückkehrt sei, um die Gäste zu empfangen. **Spranger** freute sich, dass die Entwicklungspolitik kontinuierlich auf Grundlagen aufbaue, an deren Gestaltung auch er mitgewirkt habe. Er freue sich zu hören, wie die Ansätze seit 1998 weiterentwickelt wurden. Frau **Kortmann** griff das Stichwort auf. Tatsächlich wandle sich Entwicklungspolitik entsprechend der internationalen Entwicklung von der Entwicklungshilfe der frühen Jahre zur globalen Entwicklungs-Strukturpolitik. Das Ministerium freue sich, seinen Sitz im früheren Bundeskanzleramt gefunden zu haben. Es sei ein den Aufgaben des Ministeriums entsprechendes kommunikationsfreundliches Gebäude. Sie begrüßte frühere Kollegen und Ausschussmitglieder, den Minister **Carl-Dieter Spranger**, **Uwe Holtz**, **Klaus Hedrich**, **Ingrid Matthäus-Maier** und viele andere. Der derzeitigen Welt-Unordnung müsse mit einer pluralen Partnerschaft im international institutionalisierten Rahmen begegnet werden. Entwicklungspolitik solle helfen, Spaltungen abzubauen, die Friedenserhaltung fördern, durch Investition Zukunftsperspektiven schaffen. Sie erläuterte das am Beispiel Guatemala, woher sie gerade kam.

Eine Gefahr sei der durch die Welt-Finanzkrise bewirkte Rückgang im Handel. Die Marktgläubigkeit breche zusammen. Deshalb müsse der Mensch, nicht der Markt im Mittelpunkt stehen. Es müsse auch vermieden werden, dass Entwicklungskapazitäten abgezogen werden, weil sie in entwickelte Länder profitabler einzusetzen seien. Auch dürfe es nicht sein, dass die

Industrieländer subventionierte Überschüsse in Entwicklungsländer exportierten und dort die einheimischen Märkte durch Dumpingpreise ruinierten, wie sie am Beispiel des Milchexports nach Burkina Faso oder der Baumwollexporte der USA erläuterte. Das Ministerium versuche gegenzusteuern, indem es den Transfer durch fairen Handel fördere. Es sei erfreulich, dass auch Kräfte der deutschen Wirtschaft aufgeschlossen seien, beispielsweise der **Otto-Versand**.

Ein Schwerpunkt sei die Förderung regionaler Entwicklungsstrukturen, so bei Problemen von „global goods“, wie dem Wasser. Ein anderer Schwerpunkt sei die Armutsbekämpfung. Der Hunger in manchen Regionen wachse, auch durch steigende Nahrungsmittelpreise. Hier bemühe man sich um Steigerung der Produktivität in den Partnerländern und um die Umnutzung von Flächen.

Sorge bereite die Entwicklung im Klimabereich. In vielen Entwicklungsländern werde nachhaltige Entwicklung noch nicht prioritär gesehen. Auch müsse man sich für die Einführung erneuerbarer Energien einsetzen.

Ein besonderes Anliegen des Ministeriums sei ein freiwilliger entwicklungspolitischer Dienst für



(v.l.n.r.) Prof. Dr. Theo Blank, Carl-Dieter Spranger, Parl. Staatssekretärin Karin Kortmann, Harald B. Schäfer © Jürgen Linde

Jugendliche. Abschließend lobte sie die konsensuale Zusammenarbeit an diesen Aufgaben im Bundestag. Präsident **Spranger** eröffnete die Diskussion. Er freue sich über den Schritt von der Entwicklungshilfe zur Zusammenarbeit. Deutschland habe wichtige Aufgaben übernommen, seit zu seiner Zeit das „Wüstensekretariat“ der UN nach Bonn geholt wurde. **Roland Artur Kohn** erinnerte daran, dass **Dr. h. c. Lieselotte Funcke** bereits vor Jahrzehnten den Begriff „Weltinnenpolitik“ eingeführt hatte; er wolle wissen, wie es damit stehe. Ferner fragte er nach den Erfahrungen mit der Integration der DEG in die KfW. Schließlich provozierte er mit der Frage, ob eigentlich ein eigenständiges BMZ noch gerechtfertigt sei. **Harald B. Schäfer** betonte, dass nachhaltige Politik die Überwindung sektoraler Politik zur Voraussetzung habe: es könne nicht sein, dass Nahrungsproduktion zu Lasten des Anbaus von Pflanzen zur

Fotos: © Jürgen Linde



Dr. h. c. Helmut Becker



Klaus-Jürgen Hedrich



Dr. Horst Schröder



Peter von der Heydt

Fortsetzung: Mitgliederversammlung

Energiegewinnung eingeschränkt werde. Er wies am Beispiel Chinas darauf hin, dass rasantes Wachstum zur zunehmenden Verarmung führen könne. **Prof. Dr. Uwe Holtz** hinterfragte die komparativen Vorteile der Zusammenarbeit in der EU gegenüber der nationalen Politik. Ferner fragte er nach der Bedeutung der von **Spranger** einst aufgestellten Kriterien. Schließlich erbat er einen Kommentar zu der vor Jahrzehnten verkündeten „0,7%-Marke“ für Entwicklungshilfe, die ja offenkundig nie erreicht worden sei. **Carl Ewen** beleuchtete die Tatsache, dass in afrikanischen Ländern Nahrungsmittel für Ostasien produziert würden, wobei weder inländische Arbeitskräfte noch der inländische Markt etwas davon hätten. Profitieren würden vor allem die Saatguthersteller. **Klaus Thüsing** stellte die Frage nach „partnership-agreements“. **Karl Eigen** verwies darauf, dass die Bildung der Bauern in den Entwicklungsländern ein Schlüssel zur Erhöhung der Produktivität sei. **Dr. Angelika Köster-Lossack** äußerte Skepsis gegenüber dem Erfolg von Entwicklungspolitik. Auf Grund eigener Erfahrungen in Afghanistan verwies sie auf „good governance“ als Voraussetzung für Entwicklungszusammenarbeit. Nach einem Beitrag von **Prof. Dr. Ursula Braun-Moser** bemerkt **Peter v. d. Heydt** unter Beifall, dass eine bessere Kontrolle der Verwendung von Finanzmitteln notwendig sei. Man müsse nicht auf nebensächliche Details, sondern auf

die Einhaltung von Grundsätzen achten. Klare Rahmenseetzungen seien notwendig. **Dr. Horst Schröder** hielt die Bekämpfung der Korruption für wichtig. Außerdem sei es an der Zeit, das Schwellenland China mit seinen rasanten Wachstumsraten aus der Entwicklungshilfe herauszunehmen. **Ingrid Matthäus-Maier** verwies auf die Erfolge der Finanzierung von „Mikrokrediten“ vor allem für Frauen. Im Übrigen dürfe das Schlagwort vom „Erbe des Kolonialismus“ nicht länger als Entschuldigung für das Versagen der Eliten in den afrikanischen Staaten herhalten. **Ellen Lauterbach** analysierte die Situation in Afrika, wo importierte Billigarbeitskräfte, vor allem Chinesen, den einheimischen Arbeitsmarkt zerstören. **Dr. Hugo Hammans**, der für die GTZ viele Jahre in Samoa und Afrika war, verwies darauf, dass immer noch Teile der dortigen Eliten Entwicklungsgelder in private Taschen fließen lassen.

PSt'in Karin Kortmann antwortete geduldig und politisch engagiert auf die weit gefächerte Diskussion.

Die Anwerbung weiterer Institutionen nach Bonn durch die Bundesregierung müsse unter einheitlichem Titel koordiniert werden. Selbsthilfe sei immer noch eine Voraussetzung für Zusammenarbeit. Eine Budgetfinanzierung könne es nur für Länder geben, die Kriterien von „good governance“ erfüllen. Bei der Frage der Nachhaltigkeit werde geprüft, ob der gute Wille bei den Kooperationspartnern vorhanden sei. Afrika solle im Übrigen nicht als Einheit, sondern regional differenziert gesehen werden. Deshalb strebe die Bundesregierung dort nach regionaler Zusammenarbeit. Allerdings wisse sie aus eigener Erfahrung, dass die Bereitschaft zur Kritik an Fehlverhalten oftmals gering sei: „Alte Kampfgefährten kritisiert man nicht“.

Es sei wahr, dass die Kooperationsverträge mit China stets vom eigenen Nutzen der Chinesen

bestimmt seien. Landreform sei ein wichtiger Ansatz zur Eigenversorgung. Bei der Energiewirtschaft werde eine Zertifizierung angestrebt, die Verdrängungsprozesse ausschließen solle. Leider sperre sich die EU noch, eingesparte Agrarmittel in die ländliche Entwicklungspolitik umzuwidmen.

Bei der Diskussion um den Entwicklungshilfeansatz müsse nach einer stetigen Steigerung gestrebt werden. Allerdings spielten für viele Länder die Rücküberweisungen von Migranten eine wichtige Rolle. Außerdem müsse durch Beseitigung von Handelshemmnissen geholfen werden.

PSt'in Kortmann hält **Dr. Angelika Köster-Lossack** entgegen, dass bei Verhandlungen mehr und mehr auf Nachweis konkreter Erfüllung und auf Überprüfung und Kontrolle Wert gelegt werde – nicht immer zur Freude der Verhandlungspartner.

Es sei aber auch eine stärkere Koordinierung und Zusammenarbeit der NGO notwendig, um Doppelförderung und Irrwege zu vermeiden. Es könne nicht sein, dass „gute Menschen“ die Kooperation unterlaufen, um sich selbst ohne Rücksicht auf Andere verwirklichen zu können. Die Bundesrepublik sei übrigens der größte Geldgeber für die Mikrofinanzierung. Bei der Korruptionsbekämpfung lobte sie besonders „transparency international“. Die Zusammenarbeit mit China sei seit den Ereignissen in Tibet stark eingeschränkt.

Schließlich bedankte sie sich bei den Diskussionsteilnehmern, in der auch Entwicklungspolitiker und –politikerinnen der ersten Stunde, wie **Ellen Lauterbach** oder **Dr. Hugo Hammans** das Wort genommen hätten. **Präsident Spranger** dankte für die Bereitschaft, mit den Ehemaligen zu diskutieren. Die Diskussion sei ertragreich für beide Seiten.

Prof. Dr. Nils Diederich

Besuch im World Conference Center Bonn 20.11.08

Einer Anregung unseres früheren Vizepräsidenten **Martin Grüner** folgend, überzeugten sich die Teilnehmer an der Bonn-Reise am Nachmittag des 20.11. vom Stand der Entwicklung des World Conference Center Bonn. Geschäftsführer **Matthias Schultze** (37) gab einen Überblick. Die koreanisch-amerikanische Investorengruppe **SMI Hyundai** entwickle - unter Beteiligung des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen - das Umfeld um das alte Bundestagsgebäude. Der alte Plenarsaal werde, unter Veränderungsschutz stehend, einbezogen. Dieser Saal und die alten Gebäude geben den neuen Elementen - Großer Kongresssaal und Hotelgebäude - ein unverwechselbares Flair, das Element erfolgreicher Werbung sei. Die Eröffnung sei für 2010 vorgesehen. Es liege bereits eine Liste längerfristiger Einwerbungen von Kongressen vor. Zwar sei Deutschland auf dem Kongressmarkt führend an zweiter Stelle hinter den USA, jedoch gebe es auf Grund der föderalen Struktur eine Vielzahl konkurrierender Städte. Bonn sei allerdings einmalig vom Umfeld, vom Profil, der Vernetzung und der Zusammenarbeit mit der Kommune und daher attraktiv: „Ein einzigartiger Ort mit einer einzigartigen Geschichte.“. Hinzu käme die Dienstleistung für die UN-Institutionen, die das WCC allerdings niemals auslasten könnten. Dies trage jedoch auch zum Profil bei: Kompetenzzentrum für Nachhaltigkeit. Der Kongressbau habe als Konstruktion mit viel Glas die Struktur eines transparenten Kristalls. Die strategische Ausrichtung sei auf



Matthias Schultze, Geschäftsführer des World Conference Center Bonn, © Nils Diederich

Wissenschafts- und Wirtschaftskommunikation gerichtet. Man ziele eine Teilnehmerzahl von 200 000 jährlich an. Der ehemalige „Vizepräsidentenbau (Altes Hochhaus)“, so antwortete **Schultze** auf die Frage von **Dr. h. c.**

Helmuth Becker, gehöre zum Kongresszentrum. In der Diskussion wurde nach dem Kontingent für die UN gefragt. **Schultze** verwies auf die Schwerpunkte, z.B. Klimafragen. **Otto Reschke** beglückwünschte als früherer Nutzer auch des Plenarsaals bewegt das WCC zu seinem Ansatz. **Dr. Adolf Spies von Bülllesheim** vertiefte die Frage nach der Finanzierung. Weiter wurde geäußert, dass man sich nostalgisch auf den Besuch der alten Wirkungsstätte gefreut habe. **Dr. Dorothee Wilms** fragte: „Gibt es eine Zusammenarbeit mit dem Haus der Geschichte?“ **Schultze** verwies auf regelmäßige Führungen durch das Haus. Man wollte wissen, ob das neue Festspielhaus integriert wird. **Dr. Wilhelm Knabe** wurde beschieden, dass die Anmietung des Saal mit allerlei Nebenleistungen etwa 20.000 € täglich koste. **Konrad Gilges** fragte nach technischen Problemen bei der Nutzung, die **Schultze** verneinte. Geschäftsführer **Schultze** bekräftigte auf die Frage von **Prof. Dr. Nils Diederich**, dass die Örtlichkeit tatsächlich einen Mehrwert erzeuge, indem sie einen Acquisitvorteil biete, das stelle man bei Verhandlungen fest. **Dr. Albert Probst** verwies auf die historische Einmaligkeit des Ortes, den es zu pflegen gelte. **Roland Artur Kohn** fragte erneut nach den Gewinnperspektiven, die **Schultze** in eine mittlere Dimension bis etwa 2015 stellte. **Kohn** betonte, dass die Ehemaligen den Abriss der Villa Dahm bedauern hätten, aber man sehe,



Vereint am Ort ehemaliger Meinungskämpfe
© Eva Linde

dass hier Innovatives geleistet werde.

Ergänzt wurde die Präsentation von **Schultze** durch **Harald Ganns**, ehemals Botschafter und zuletzt für die Kontakte zu den Organisationen der UN zuständig. Er gab einen kurzen Abriss über die Geschichte der Anwerbung, die konzentriert nach dem Umzugsbeschluss seit 1994 laufe und zu 17 verschiedenen Sekretariaten mit derzeit 700 und im Jahre 2010/11 etwa 900 vorgesehenen Mitarbeitern geführt habe. Sie seien im Alten Abgeordnetenhochhaus „Langer Eugen“ angesiedelt. Schwerpunkt sei der Aufgabenbereich Nachhaltigkeit (Wüstenbildung, Klima, Erhaltung wandernder Tierarten [Fledermäuse, Wasservögel, Kleinwale...], Freiwilligenprogramme etc.). Ergänzt werde das durch verschiedene Institute und internationale Konferenzen (Klimagipfel, Erneuerbare Energien). **Präsident Spranger** dankte **Schultze** und **Ganns** für die Informationen. Man könne sehen, dass der Umzug in der Rheinaue keine Wüste hinterlassen habe.

Prof. Dr. Nils Diederich

Die Vereinigungen der Ehemaligen aus den Landtagen

Intensive Zusammenarbeit mit den Vereinigungen der Ehemaligen Landtagsabgeordneten

Unsere Vereinigung konnte vor einem Jahr mit einer festlichen Veranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Berlin ihr 30-jähriges Bestehen feiern. Ein Jubiläum, auf das wir zu recht stolz sind. Aber auch unsere ausgeschiedenen Kolleginnen und Kollegen in den meisten Landtagen, Bürgerschaften und dem Berliner Abgeordnetenhaus haben sich zu Ehemaligen-Vereinigungen zusammengeschlossen, als erste gründeten sich die bereits 1975 die Bayern – zuletzt, 2005, die in Niedersachsen. Die Motive zum Zusammenschluss sind sich naturgemäß ähnlich und unterscheiden sich kaum von unserem Vereinszweck:

- das Pflegen von Gemeinsamkeiten nach dem Ausscheiden aus dem Parlament
- Verbindungen herstellen und Gedanken- und Erfahrungsaustausch betreiben mit den Vereinigungen der anderen Bundesländer
- eigene politische Erfahrungen zur Verfügung stellen / weitergeben.

Die Mitgliederzahlen reichen von 27 in Mecklenburg-Vorpommern bis zu 350 in Berlin.

Während eines Beisammenseins anlässlich unseres Jubiläums mit Vorständen aus einigen Bundesländern wurde der Wunsch deutlich, regelmäßig in Berlin zusammen zu kommen. Wir haben diese Anregung im Vorstand gern aufgegriffen. Ein will-



Präsident Carl-Dieter Spranger, Bundestagsvizepräsidentin Gerda Hasselfeldt, Siegrun Klemmer © Dieter Biewald

kommener Zeitpunkt war das jährliche Sommerfest der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft, die großzügig unsere Gäste als Ehrengäste empfing.

Am 20.6.2008 kamen Präsidentinnen und Präsidenten aus Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu einem ersten offiziellen Treffen mit unserer Vereinigung zusammen, das von der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, **Gerda Hasselfeldt**, eröffnet wurde. Bisher liefen die Kontakte unter den Ländern zweiseitig. Darum stieß vor allem die Möglichkeit des vielgleisigen Meinungsaustausches auf sofort genutztes Interesse. Die Probleme gleichen sich: wie wirbt man um Mitglieder unter den ausgeschiedenen Kolleginnen und Kollegen, wie hoch darf der Mitgliedsbeitrag sein, welche angebotenen Aktivitäten finden das größte Echo, wie steht es mit Mitarbeitern, für welchen Zeitraum wird der Vorstand gewählt?

Einhellig waren alle Beteiligten der Meinung, dass mindestens ein Treffen pro Jahr unter dem organisatorischen Dach unserer Vereinigung anzustreben ist.

Siegrun Klemmer

20 Jahre Landesvereinigung der Ehemaligen in Rheinland-Pfalz

Im September feierte die „Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags Rheinland-Pfalz“ ihr 20-jähriges Bestehen mit einem Festakt im Plenarsaal des Mainzer Landtags. Der Vorsitzende der Vereinigung, **Theo Magin**, konnte neben den Fraktionsvorsitzenden der im Landtag vertretenen Parteien und den Vorsitzenden anderer Landesvereinigungen zahlreiche Mitglieder begrüßen, darunter Persönlichkeiten, die bereits dem



Der Vorsitzende der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags Rheinland-Pfalz, Theo Magin, begrüßt Landtagspräsident a. D. Christoph Grimm. (links davon Siegrun Klemmer, Roland Artur Kohn) © Klaus Benz

1. Landtag von Rheinland-Pfalz angehört hatten. Landtagspräsident **Joachim Mertes** würdigte die Verdienste der Mitglieder der Vereinigung, die als Parlamentarier maßgeblich zum Aufbau der Demokratie im Land beigetragen hätten. Der Ehrenvorsitzende der Landesvereinigung, Staatsminister a. D. **Hans Schwarz** hielt die Festansprache. Die Bundesvereinigung der Ehemaligen war vertreten durch Vizepräsident **Roland A. Kohn** sowie Vorstandsmitglied **Siegrun Klemmer**. In seinem Grußwort überbrachte Kohn die Glückwünsche von Präsident **Carl-Dieter Spranger** zur erfolgreichen Arbeit der Landesvereinigung mit ihren 144 Mitgliedern und sprach sich für eine noch engere Zusammenarbeit zur Stärkung der Grundlagen der Demokratie in Deutschland aus.

Roland Artur Kohn

Europäisches Kolloquium

„Repräsentative und partizipative Demokratie in Europa“

Partizipative Demokratie, wie sie z. B. in Referenden und Bürgerbehren zum Ausdruck kommt, ergänzt und stärkt die repräsentative Demokratie. Parlamente und internationale parlamentarische Versammlungen müssen gestärkt werden, damit sie wirksamer und glaubwürdiger als bisher mit den die Demokratie bedrohenden Herausforderungen umgehen können, wie etwa mit der Globalisierung und der internationalen Finanzkrise, dem Klimawandel, den demografischen Veränderungen oder der Armut in der Welt. Abgeordnete müssen nah an den Wählern sein.

Dies sind wichtige Erkenntnisse und Forderungen, die auf dem jüngsten Kolloquium der Europäischen Assoziation ehemaliger Abgeordneter erhoben wurden. Das Kolloquium fand vom 17.-19. Oktober in Athen statt. Es führte unter dem Präsidenten der Europäischen Assoziation, dem Luxemburger **Camille Dimmer**, rund 75 ehemalige Abgeordnete aus 18 Vereinigungen zusammen, darunter auch eine sechsköpfige Delegation von uns. Das Thema ging übrigens auf unseren Vorschlag zurück.

Wegen der guten Organisation und der großzügigen Gastfreundschaft gilt der griechischen Vereinigung und dem griechischen Parlament ein großes Dankeschön.

Die nach einem Abstimmungsmarathon über einzelne Änderungs- und Ergänzungsvorschläge



Die deutsche Delegation v. l. n. r.: Dieter Schlöten, Dr. h. c. Torsten Wolfram, Prof. Dr. Theo Blank, Dr. h. c. Leni Fischer, Delegationsleiter Prof. Dr. Uwe Holtz und Dr. Elisabeth Altmann © Uwe Holtz

letztlich einstimmig angenommene „Erklärung von Athen“ fußt vor allem auf den Vorarbeiten unserer Vereinigung (s. dazu die Berichterstattung in unseren „nachrichten“ vom Mai 2008). Dies ist auch vom Berichtersteller der Europäischen Assoziation, dem französischen Kollegen **Jacques Chaumont**, ausdrücklich gewürdigt worden.

Wichtige Inhalte und Forderungen der Erklärung

Bei der Lösung der enormen Herausforderungen, vor denen unsere Länder stehen, müssen folgende Werte Orientierung bieten: Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Frieden, Verschiedenheit und Toleranz, Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie Gerechtigkeit und Solidarität. Als wirtschaftlicher Ordnungsrahmen wird die internationale soziale und ökologische Marktwirtschaft empfohlen. Die internationale Finanzkrise sollte die Parlamente dazu bringen, von den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern eine Regulierung der Finanzmärkte zu fordern.

Die „Erklärung von Athen“ kann bei unserer Geschäftsstelle angefordert werden; sie findet sich zudem auf unserer Homepage www.vemdb.de > Aktuelles > Internationales.

Das negative Ergebnis des irischen Referendums über den Vertrag von Lissabon wird zum Anlass genommen, eine größere Sensibilisierung und Mitwirkung der Bürger am Bau Europas zu fordern.

Die „Erklärung von Athen“ wird nationalen und internationalen Parlamenten zugeleitet werden – in der hoffnungsfrohen Erwartung, dass zumindest einige der Forderungen von den Aktiven umgesetzt werden.

Prof. Dr. Uwe Holtz

Partizipative Demokratie

Unser Kollege aus der Schweiz, **Markus Ruf**, ging in seinem Statement in Athen auf die partizipative Demokratie in der Schweiz ein: Volksinitiativen (Abstimmungen über Verfassungsänderung) und Gesetzesreferenden waren und sind Eckwerte der partizipativen Demokratie in der Schweiz. Dafür sind 100 000 bzw. 50 000 Unterschriften nötig. Beim Gesetzesreferendum werden vom Parlament genehmigte Gesetze auf Begehren der Volksabstimmung vorgelegt.

Die Schweiz kann für sich in Anspruch nehmen, ein gut funktionierendes partizipatives Demokratie-Modell ausgebaut zu haben. Der Föderalismus zwingt dazu, möglichst viele relevante Gruppen in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Auch internationale Verträge unterliegen teilweise einer Volksabstimmung und benötigen eine Mehrheit der Kantone.

Die Schweiz definiert sich stark über dieses politische System: Schweiz ist da, wo das Volk über Sachvorlagen in Abstimmungen entscheidet. Kompetenzen an die EU abzutreten, ohne in konkreten Sachfragen mittels Volksabstimmung entscheiden zu können, ist für viele Schweizer und Schweizerinnen nur schwer vorstellbar.

Dr. Elisabeth Altmann
(eine Nachlese siehe Seite 13)

The Indispensable Partners

25 Jahre Congressional Study Group on Germany

25 Jahre regelmäßige Seminar-Arbeit von amerikanischen und deutschen Parlamentariern hüben und drüben bedeuten Kontinuität, persönliches Engagement, gegenseitiges Zuhören, Lernen und Verstehen.

Von Anfang an unterstützt durch die deutschen politischen Stiftungen und durch den German Marshall Fund of the United States.

Von den jeweiligen Botschaftern ist diese einzigartige Verbindung zweier Parlamente immer wieder als Flaggschiff-Programm der transatlantischen Beziehungen und als Katalysator auch in schwierigen Zeiten bezeichnet worden.

Angefangen hat das alles mit den „Oldies“, den Former Members, den Ehemaligen. Die begründeten in Deutschland 1977 die Vereinigung der Ehemaligen Abgeordneten des Deutschen Bundestages und nahmen Beziehungen auf zur Association of Former Members of Congress. Geburtshelfer waren **Dr. Karl Mommer**, **Jed Johnson Jr.** und Botschafter **Wilhelm Grewe** sowie die Deutsch-Amerikanische Parlamentariergruppe des Bundestages.

Ich habe seit 1995 an allen Seminaren der Congressional Study Group und der Deutsch-Amerikanischen Parlamentariergruppe des Bundestages teilgenommen. Darüber hinaus an hunderten von Einzelgesprächen



*Zu dem Besucherprogramm gehört auch die Besichtigung „von Land und Leuten“:
Der beeindruckende Bryce Canyon. Klaus-Juergen Hedrich und Hans-Ulrich Klose (2. u. 3. v. r.)
© The United States Association of Former Members of Congress, Congressional Study Group on Germany*

mit amerikanischen Kollegen in Washington, Berlin und Bonn. Ich habe leidenschaftliche Debatten erlebt über transatlantische Kindesentführungen, über genmanipulierte (die Amerikaner sagen: „modifizierte“) Lebensmittel, über Russland und die Nato, über Irak und den Nahen Osten, über die Integration von Einwanderern, über Rassismus und Nazismus, über Aids und Hunger und über Erderwärmung. Von „bullshit“ bis zu tiefer Nachdenklichkeit habe ich jede Reaktion erlebt.

Das schwierigste Thema war aus meiner Sicht die Europäische Integration, das einzigartige, äußerst komplexe Modell internationaler Zusammenarbeit in Zeiten der Globalisierung. Viele amerikanische Parlamentarier und Mitglieder der politischen Community verstehen den Integrationsprozess nicht wirklich, weil ihnen die Idee des freiwilligen Verzichtes auf Teile der nationalen Souveränität völlig fremd ist.

Es wäre fahrlässig, die Begegnungen mit den amerikanischen Kollegen ausschließlich nach der politischen Tagesordnung zu bewerten. Das persönliche, das vertrauliche, das freundschaftliche Gespräch gehört dazu. Ebenso wie das gemeinsame Erlebnis des jeweiligen Tagungsortes.

„Hermann the German“ in Minnesota, der Mississippi bei Cape Girardeau oder die Kennedy Library in Boston und zuletzt auch in Salt Lake City, Utah – das sind bleibende Erinnerungen an ein schönes, vielgestaltiges Land und freundliche Menschen.

So ähnlich mögen es auch die Freunde aus Amerika sehen, wenn Sie mit uns Oberbayern oder Usedom, Berlin, Dresden oder Hamburg kennen lernen. Und demnächst Köln, von wo aus der Kollege **Dr. Werner Hoyer** das Seminar seit über 20 Jahren an begleitet hat.

Volkmar Schultz

Abschlussstagung in Washington

Einem guten Brauch folgend fanden die Abschlussbesprechungen in Washington DC statt. Aus dem Rückblick ist es erinnerungswert, dass im Mai die Auseinandersetzung bei den Demokraten zwischen **Barack Obama** und **Hillary Clinton** dem Höhepunkt zustrebten. Bei den Vorwahlen in West Virginia, die **Hillary Clinton** klar für sich entschied, antworteten ca. 25 % der Wähler bei einer Nachbefragung, „race was an issue“. Wie immer man zu dem Ausgang der Präsidentenwahlen steht, ist es erfreulich, dass dieser Faktor nicht „durchschlag“.

Zur Feier des 25. Treffens mit der Congressional Study Group on Germany ließ es sich der **Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert**

nicht nehmen, in die amerikanische Bundeshauptstadt anzureisen, um so das deutsche Parlament hochrangig zu vertreten.

Lammert gehörte übrigens (wie auch der Verfasser dieser Zeilen) zu den Mitbegründern des Austausches.

Auch die beiden Vorsitzenden der Congressional Study Group im Senat, **Evan Bayh** (D-Indiana) und **Jeff Sessions** (R-Alabama) demonstrierten durch ihre Teilnahme in der Library of Congress, dem Ort der Festveranstaltung, das Interesse der amerikanischen Kollegen an den bilateralen Beziehungen.

Beeindruckend war die Anwesenheit vieler ehemaliger Kollegen aus dem Haus, an der Spitze der bekannte und als Debattenredner „gefürchtete“ **Lee Hamilton**, einem der Begründer der Congressional Study Group on Germany.

Lammert und Bayh verzichteten bei ihren Ansprachen auf Pathos, verwiesen aber darauf,



Der Vorsitzende der Deutsch-Amerikanischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages, Hans-Ulrich Klose, in „seinem Element“

dass sich das Beziehungsgeflecht mit seinen vielen persönlichen Kontakten gerade in schwierigen Zeiten als ein stabilisierender Faktor bewährt habe. Nicht zuletzt erinnerten sich viele in diesem Zusammenhang an die kritischen Phasen im Vorfeld und während des Irakkrieges.

Klaus-Juergen Hedrich

Europäisches Kolloquium - eine Nachlese

Fortsetzung von Seite 11

Europäisches Kolloquium

Vollendet hat die Konferenz,
was früh begann vorigen Lenz,
Holtz hat das dicke Holz gebohrt,
Visionen haben ihn umflort.

Die anderen ihm zur Seite standen,
wobei sie Rat und Zuspruch fanden,
die große Mühe nicht vergeblich,
und unser Beitrag sehr erheblich.

Von Zeus, Athene gern gesegnet,
zum Schluss hat's leider noch geregnet.

Torsten Wolfgramm

Partizipative Demokratie – was dabei auch heraus kommen könnte

Nach der Ratifizierung des Lissaboner Vertrages werden in zahlreichen Mitgliedsländern der EU zunächst Volksbefragungen und anschließend Referenden durchgeführt. Diese erleichtern die Arbeit der europäischen Gremien, indem sie ihnen schwierige Entscheidungen abnehmen: In Polen und den baltischen Staaten löst der Dollar die einheimischen Währungen ab; dabei siegt er in Estland nur knapp vor dem Euro. Im Saarland, in Thüringen und in Bayern wird die D-Mark wieder eingeführt. In Süditalien wird die Mafia als ordnungspolitische Autorität anerkannt; sie darf

jetzt den Carabinieri Aufträge erteilen. Island erhält eine Finanzspritze aus Süditalien und beantragt die Aufnahme in die EU. Andalusien, die Kanaren und Sizilien beschließen ein Landeverbot für Bootsflüchtlinge. Das mit Rücksicht auf Griechenland wieder eingeführte Scherbengericht schickt die EU-Kommission für fünf Jahre in die Verbannung nach Ostanatolien.

Dieter Schlöten

Aktivitäten unserer Mitglieder nach dem Mandatsende

Was bringt das Universitätsfach 'Europäische Integration' am Beispiel Polens und Ungarns.



Prof. Dr. habil. Ursula Braun-Moser
© Konrad-Adenauer-Stiftung

Seit den 80er Jahren verfolgt die EU mit dem **Monnet System** das Ziel, 'Europäische Integration' unter den Aspekten: wirtschaftlich, politisch, historisch mit Unterstützung zu begleiten. Die von mir seit 17 Jahren gemachten Erfahrungen auf Grund verschiedener gewonnener Concours 'Europäische Wirtschaftsintegration' zu lehren, die zum Verbleib in 2 Universitäten in Stettin und Budapest führten, zeigen, dass die Mobilität der Professoren und nach 1992 mit dem ERASMUS Programm auch der Studenten sehr wirkungsvoll war und ist.

In **Stettin**, wo ich 1996 habilitierte, konnte ich über den Deutsch-Polnischen Studiengang in Wirtschaftsinformatik hinaus einen Lehrstuhl für Europäische Regionalpolitik erhalten und seit 17 Jahren Makroökonomie und Wirtschaftspolitik lehren.

In Polen sehe ich meine Aufgabe über Marktwirtschaft, Außenwirtschaft, Wirtschaftspolitik den Informatikstudenten genügend Rüstzeug auf ihren Lebensweg mit zu geben, dass sie zur Selbstständigkeit (1/3 aller Polen sehen dies als Ziel) fähig zu werden.

In Budapest an der Rechtsuniversität ELTE bringt das ERASMUS Programm EU-Studenten aus 27 Ländern zusammen. Meine Englisch- und Deutsch-Vorlesungen zur 'EU-Wirtschaftsintegration unter dem Aspekt des ungarischen Beitritts' sind Ziel von vielen, die alle ihre 6-8 Kreditpunkte heimbringen sollen. Ungarisch zu erlernen in zwei Semestern ist absolut zu schwierig. Mit spezieller Themenstellung kann ich Seminararbeiten vergeben und so die Jura-studenten zur Bearbeitung von ökonomisch-politischen Themen veranlassen.

Wie meine Missionen in diesem Sommer zu fünf karpathischen Universitäten Temesvar, Oradea, Debrecen, Kosice, Kattowitz, wie auch eine Fahrt nach Albanien, Montenegro zeigten, täte es auch diesen Universitäten gut, mit Vorlesungen zur Integration viele europäisch interessierte Studen-

ten besser im EU Basikwissen auszubilden. Wie sollen wir denn sonst **Europäische Identität** zum Funktionieren unserer Politischen Union erzielen?

Prof. Dr. habil. Ursula Braun-Moser

Im Sommersemester 2008 waren im Rahmen des von **Prof. Dr. Uwe Holtz** (Universität Bonn) koordinierten Programms „Ehemalige in die Unis“ eine Kollegin und fünf Kollegen als „Gastdozenten“ zu folgenden Themen im Einsatz:

1. **Rudolf Dressler**
(„Israel und Palästina – Vor-Ort-Erfahrungen eines ehemaligen Botschafters“ – 2.7.08)
2. **Dr. Wilhelm Knabe**
(„Erfahrungen mit der Parlamentsreform und der Enquete-Kommission Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ – 26.6.08)
3. **Prof. Dr. Gerd Langguth**
(„Die Bedeutung der Fraktion für den Aufstieg der Bundeskanzlerin Dr. Merkel“ – 3.7.08)
4. **Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk**
(„Parlamentarische Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung und europäischen Integration“ – 12.6.08)
5. **Bernd Wilz**
(„CDU-Sicherheitspolitik“ – 16.5.08)
6. **Peter Kurt Würzbach**
(„Terrorismus“ – 16.5.08)

Bei den Studierenden und den Ehemaligen sind die Einsätze wiederum gut angekommen.

Unsere Weltreisenden, unser ehemaliger Geschäftsführer Dr. Jürgen Linde und seine Frau, sind wohlbehalten aus Amerika zurückgekehrt. Wir reproduzieren eines der vielen schönen Fotos, mit denen er seine Reise dokumentiert hat.



Abschied von NW Nordamerika im Yosemite State Park:
Dr. Jürgen Linde und Eva Linde
© Jürgen Linde



Der Geschäftsführer informiert

Wir hören immer wieder Stimmen, die Besuche in Bonn seien doch allzu nostalgisch. Wir dagegen beharren darauf: Solange ein Großteil unserer Mitglieder ihre Amtszeit ganz oder überwiegend in Bonn verbrachten, sollten wir die Besuche fortsetzen. Wir schulden sie übrigens auch der Bundesstadt Bonn, die immerhin fast ein halbes Jahrhundert Hauptstadt der Bundesrepublik im geteilten Deutschland war.

Manche werden sich noch an die Forderung von Bundestagspräsident **Dr. Norbert Lammert** in seiner Rede anlässlich der 30-Jahr-Feier erinnern, in der er die Entwicklung eines eigenen Parlamentsfernsehens forderte. Der Widerstand in der Öffentlichkeit, insbesondere bei den Medien, war natürlich groß. Inzwischen hat der TV-Sender Phönix die Fernsehübertragung aus dem Bundestag massiv erweitert. Jeder, der Phoenix ansieht, wird das inzwischen festgestellt haben. Daneben gibt es das Parlamentsfernsehen des

Deutschen Bundestages, das im Internet unter www.bundestag.de verbreitet wird. Weitere Informationen erhalten Sie beim Referat Onlinedienste Parlamentsfernsehen (PUK), Tel. (030) 227 35408.

Die **Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen e. V.** veranstaltet am 17.12.2008 um 19:30 Uhr im Bundestag im Reichstag Saal 3 N 008 (Eingang Nord) ein Kolloquium zum Thema „Leben nach dem Mandat: Wie Politiker den Ausstieg aus dem Bundestag bewältigen, (Ergebnisse einer Verbleibsstudie)“. Referentin wird **Dr. Maria Kreiner** (Universität Osnabrück) sein, die ein viel beachtetes Buch zu diesem Thema verfasst hat. Wie uns der Geschäftsführer der Vereinigung, **Gunter Gabrysch** mitteilt, sind Mitglieder unserer Vereinigung als Teilnehmer willkommen. Näheres ist bei unserer Geschäftsstelle oder bei der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen, Tel. 030-227 92658, Fax: 030-227 92655, zu erfahren.



Baustelle Geschäftsstelle: Frau Dynow lässt sich vom Geschäftsführer der DPG, Bernd Wichterich, über die Schwierigkeiten beim Umbau unserer Räumlichkeiten im ehemaligen Reichstagspräsidenten unterrichten. Das „Exil“ im Jakob-Kaiser-Haus dauerte fast anderthalb Monate länger, als ursprünglich geplant. Zwischenzeitlich wurden unsere Räume auch als Lager für die wertvollen Bilder der DPG genutzt. © Nils Diederich



60 Jahre Parlamentarischer Rat im Museum König, Bonn. In vorderer Reihe auch Präsident und Präsidentinnen der Ehemaligen: Carl-Dieter Spranger, Prof. Dr. Dr. h. c. Ursula Lehr und Dr. Dorothee Wilms v. l. n. r. (siehe auch Jahresrückblick 2008, Seite 3) © Frank Engel-Strebel



Beim Besuch von Vorstandmitgliedern im Palais Schaumburg am 20.11.08 fiel auch ein nostalgischer Blick auf den Schreibtisch des Bundeskanzlers Konrad Adenauer. © Nils Diederich

Jubilare

85 Jahre

- 30.01.** Dr. Karl-Heinz Narjes
Blumenastr. 18
53179 Bonn
- 17.02.** Horst Krockert
Oberkirchenrat
Sudetenstraße 11
65207 Wiesbaden
- 09.03.** Klaus Immer
Bergstraße 23
57610 Altenkirchen
- 13.03.** Dr. Karl Ahrens
Ministerialdirigent a.D.
Hermann-Löns-Straße 9
30989 Gehrden
- 21.04.** Annemarie Griesinger
Staatsministerin a. D.
Gartenstraße 29
71706 Markgröningen
- 25.04.** Brigitte Freyh
Parl. Staatssekretärin a. D.
Im Wingert 12 A
61440 Oberursel
- 22.05.** Walter Buckpesch
Oberbürgermeister a. D.
Im Lautzenhardtweg 8
63069 Offenbach
- 23.05.** Antje Huber
Bundesministerin a. D.
Am Vogelherd 12
45239 Essen
- 08.06.** Kurt Härzschel
Staatssekretär a. D.
Belchenstraße 10
79650 Schopfheim
- 19.06.** Klaus Hübner
Polizeipräsident a. D.
Paderborner Str. 9
10709 Berlin

80 Jahre

- 27.01.** Klaus Harries
Oberkreisdirektor a. D.
Schillerstr. 35
21335 Lüneburg

80 Jahre

- 07.02.** Wilhelm Rawe
Parl. Staatssekretär a. D.
Freiherr-v.-Twickel-Str. 22
48329 Havisbeck
- 14.02.** Friedhelm Rentrop
Postfach 20 11 55
53141 Bonn
- 15.02.** Kurt Wawrzik
Am Wildpark 9
68305 Mannheim
- 24.03.** Charlotte Garbe
Meinbrexer Str. 7
37697 Lauenförde
- 01.04.** Martin Horstmeier
Horstweg 43
32312 Lübbecke
- 09.04.** Hans-Eberhard Urbaniak
Alfred-Nobel-Str. 10
44149 Dortmund
- 10.05.** Prof. Dr. Hubert Weber
An der Ling 44
50739 Köln
- 03.06.** Egon Susset
Bürgermeister a. D.
Grantschener Str. 7
74189 Weinsberg-
Wimmental
- 04.06.** Dr. Adolf Spies von
Büllesheim
Haus Hall bei Ratheim
41829 Hückelhoven
- 05.06.** Dr. Hermann Josef
Unland
Am Kreuztor 6
48147 Münster
- 13.06.** Dr. Heinz Günther Hüsche
Promenadenstr. 9
41460 Neuss
- 20.06.** Eugen von der Wiesche
Wulfertweg 56
48683 Ahaus
- 25.06.** Prof. Dr. Max Kunz
Hinterm Wall 2
92637 Weiden

75 Jahre

- 01.01.** Herbert Helmrich
Minister a. D.
Föhrenschlucht 13
21244 Buchholz/
Nordheide
- 14.01.** Manfred Wagner
Finkenweg 30
66130 Saarbrücken
- 16.01.** Egon Lutz
Nettelbeckstr. 2
26131 Oldenburg
- 30.01.** Dr. Karl-H. Klejdzinski
Könzgenstr. 33
48249 Dülmen
- 09.02.** Wilfried Böhm
Franz-Gleim-Str. 71
34212 Melsungen
- 12.02.** Gerhard Heimann
Senator a. D.
Orelzeile 7
13593 Berlin
- 24.02.** Helmut Wiczorek
Mecklenburger Str. 33
47169 Duisburg
- 20.04.** Ortrun Schätzle
Erlenweg 10
79650 Schopfheim
- 07.05.** Günter Topmann
Graf-Engelbert-Str. 24
58762 Altena (Westf.)
- 24.05.** Prof. Dr. Nils Diederich
Wilskistr. 54 a
14163 Berlin
- 09.06.** Dr. Dieter Haack
Bundesminister a. D.
Loewenichstr. 15
91054 Erlangen
- 22.06.** Hansmartin
Simpfendorfer
Silcherstr. 30
97990 Weikersheim

Wir gedenken

HANS A. ENGELHARD
Bundesminister a. D.
† 11.03.2008

KLAUS DAUBERTSHÄUSER
† 09.06.2008

WILLI BIRKELBACH
† 17.07.2008

KARL LIEDTKE
† 19.07.2008

GÜNTHER FRIEDRICH NOLTING
† 13.08.2008

GEORG KAHN-ACKERMANN
† 06.09.2008

Als neue Mitglieder begrüßen wir:

Hildegard Müller
(CDU)
Parl. Staatssekretärin a. D.

•
Dr. Bernhard Worms
Staatssekretär a. D.
(CDU)

•
Prof. Dr. Wolfgang
Freiherr von Stetten
(CDU)

Austritt

zum 31.12.08:

Gernot Fischer

•
Dr. Dr. h. c. Burkhard Hirsch
Bundestagsvizepräsident a. D.